

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
1. Teil: Einleitung	1
A. <i>Die Erwartung künftiger Straffreiheit als zentraler Bezugspunkt der Strafaussetzung</i>	1
B. <i>Das ungelöste Problem der Verhältnismäßigkeit bei der Entscheidung über Strafaussetzung und Widerruf</i>	3
C. <i>Erforderliche Veränderung des dogmatischen Ausgangspunkts: Normative Vertretbarkeit der Erprobung statt empirischer Vorhersage weiterer Straftaten</i>	7
D. <i>Dogmatische Präzisierung der Erwartung künftiger Straffreiheit unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit</i>	9
2. Teil: Begründungsebenen der Strafaussetzung und ihre Bedeutung für die Auslegung der Erwartung künftiger Straffreiheit	13
A. <i>Sanktionspraxis: Zurückdrängung der Freiheitsstrafe als kriminalpolitisches Kernanliegen der Strafaussetzung</i>	14
B. <i>Zweck der Strafe: Das Bestehen einer hinreichenden Resozialisierungsaussicht als entscheidender Grund für die Gewährung der Strafaussetzung</i>	18
C. <i>Zumessung der Strafe: Die Strafaussetzung als Mittel zur Sicherstellung einer angemessenen Reaktion auf die strafrechtliche Entwicklung einer Person</i>	56

3. Teil: Erforderlicher Inhalt der Erwartung künftiger Straffreiheit	73
A. <i>Umfang der zu erwartenden Straffreiheit („keine Straftaten mehr“)</i>	74
B. <i>Zeitraum der zu erwartenden Straffreiheit („künftig“)</i>	121
C. <i>Berücksichtigung der zu erwartenden Sanktionswirkungen („sich schon die Verurteilung zur Warnung dienen lassen und [...] auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs“)</i>	147
D. <i>Ergebnis zum erforderlichen Inhalt der Erwartung künftiger Straffreiheit</i>	160
4. Teil: Erforderliche Sicherheit der Erwartung künftiger Straffreiheit	161
A. <i>Anforderungen des sachlichen Rechts an die Sicherheit der Erwartung</i>	162
B. <i>Die Erwartung als Gegenstand der Beweisaufnahme</i>	178
C. <i>Umgang mit Zweifeln</i>	185
D. <i>Strafaussetzung bei empirisch unsicherer Prognose? (Prognosemodell von Frisch)</i>	211
E. <i>Zusammenfassung</i>	238
5. Teil: Bedeutung der empirischen Prognoseforschung für die Erwartungsbildung	241
A. <i>Defizite bei der juristischen Rezeption der empirischen Prognoseforschung</i>	242
B. <i>Systematische Aufbereitung empirischer Prognosekonzepte</i>	271
C. <i>Mögliche Bedeutung der dargestellten Prognosekonzepte für die Erwartungsbildung</i>	286
6. Teil: Die Erwartung künftiger Straffreiheit als Grundlage für eine einschränkende Auslegung des Widerrufs wegen einer Straftat	321
A. <i>Systematik und Funktion des Widerrufs</i>	323
B. <i>Nichterfüllung der Aussetzungserwartung nach § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB</i>	327

<i>C. Ausreichende Maßnahmen nach § 56f Abs. 2 StGB</i>	359
<i>D. Berücksichtigung der neuen Verurteilung bei der Entscheidung über den Widerruf</i>	379
<i>E. Gesonderte Prüfung der Verhältnismäßigkeit bei der Widerrufsentscheidung?</i>	390
<i>F. Zusammenfassung</i>	409
7. Teil: Gesamtergebnis	413
<i>A. Begründungsebenen der Strafaussetzung und ihre Bedeutung für die Auslegung der Erwartung künftiger Straffreiheit</i>	413
<i>B. Entscheidung über die Strafaussetzung nach § 56 StGB</i>	416
<i>C. Entscheidung über den Widerruf nach § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB</i>	419
Literatur	421
Register	433

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
1. Teil: Einleitung	1
A. <i>Die Erwartung künftiger Straffreiheit als zentraler Bezugspunkt der Strafaussetzung</i>	1
B. <i>Das ungelöste Problem der Verhältnismäßigkeit bei der Entscheidung über Strafaussetzung und Widerruf</i>	3
C. <i>Erforderliche Veränderung des dogmatischen Ausgangspunkts: Normative Vertretbarkeit der Erprobung statt empirischer Vorhersage weiterer Straftaten</i>	7
D. <i>Dogmatische Präzisierung der Erwartung künftiger Straffreiheit unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit</i>	9
2. Teil: Begründungsebenen der Strafaussetzung und ihre Bedeutung für die Auslegung der Erwartung künftiger Straffreiheit	13
A. <i>Sanktionspraxis: Zurückdrängung der Freiheitsstrafe als kriminalpolitisches Kernanliegen der Strafaussetzung</i>	14
B. <i>Zweck der Strafe: Das Bestehen einer hinreichenden Resozialisierungsaussicht als entscheidender Grund für die Gewährung der Strafaussetzung</i>	18
I. Bedeutung der Strafzwecke für das Verständnis der Strafaussetzung	18
1. Sorge vor einer Beeinträchtigung der Strafzwecke durch die Strafaussetzung	18
2. Auswirkungen auf den systematischen Aufbau der Aussetzungsentscheidung nach § 56 StGB	21
II. Schuldausgleich: Was ist die „verdiente“ Strafe?	22

1. Strafaussetzung als Absehen von der „eigentlich verdienten“ Strafe?	22
2. Begründungsbedürftigkeit der Strafaussetzung gegenüber ihrer Vollstreckung	24
3. Verfassungsrechtlicher Beurteilungsmaßstab für die Angemessenheit der Entscheidung über Strafaussetzung und Widerruf	25
a) Erforderlichkeit einer verfassungsrechtlichen Beurteilung	25
b) Schuldprinzip in seiner Ausprägung als Strafzumessungsschuld	27
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	31
d) Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	34
e) Ergebnis	35
4. Konsequenzen	35
a) Allgemeine Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit bei Vorliegen anerkannter Gründe für eine Reduzierung der schuldangemessenen Strafe	35
b) Entscheidung über die Strafaussetzung (§ 56 StGB)	36
c) Ausgestaltung der Bewährungszeit und Folgeentscheidungen (§§ 56a bis 56g StGB)	37
III. Generalprävention: Die Sorge vor der Botschaft „Einmal ist keinmal“	38
1. Strafaussetzung nur in Ausnahmefällen?	38
2. Mögliche Gründe für die Gewährung einer Ausnahme	39
a) Fehlendes generalpräventives Bedürfnis (§ 56 Abs. 3 StGB)?	39
b) Vorrang anderer Gesichtspunkte (§ 56 Abs. 1 und Abs. 2 StGB)?	40
3. Erfordernis einer inhaltlichen Begründung der Ausnahme ...	41
4. Vorrang der Spezialprävention als inhaltlicher Kern der Strafaussetzung (§ 56 Abs. 1 StGB)	42
5. Empirische Befunde zur generalpräventiven Wirkung der Strafe	44
IV. Spezialprävention: Die Bedeutung des Resozialisierungsansatzes für die Erwartung künftiger Straffreiheit	44
1. Vorrang der langfristigen Resozialisierung gegenüber einer vorübergehenden Sicherung im Strafvollzug	44
2. Vermeidung der ausgrenzenden Wirkung des Strafvollzugs	46
3. Motivation der verurteilten Person durch Androhung des Widerrufs?	47
a) Eskalationsgefahr durch die Betonung der Widerrufsandrohung	48

b)	Keine bloße Rücknahme einer Begünstigung im Falle des Widerrufs	48
c)	Grenzen für das Auseinanderfallen von Widerrufsdrohung und Verwirklichung	50
d)	Aussicht auf Erledigung der Strafe durch Straferlass als Gegenmodell	51
4.	Umfassender Geltungsanspruch des Resozialisierungsansatzes	52
a)	Hilfen zur Resozialisierung und Vermeidung unrealistischer Erwartungen	52
b)	Die Erwartung künftiger Straffreiheit als Frage des geeigneten Mittels	54
5.	Empirische Befunde zur spezialpräventiven Wirksamkeit der Strafaussetzung	55
C.	<i>Zumessung der Strafe: Die Strafaussetzung als Mittel zur Sicherstellung einer angemessenen Reaktion auf die strafrechtliche Entwicklung einer Person</i>	56
I.	Berücksichtigung der bisherigen strafrechtlichen Entwicklung einer Person bei der Strafzumessung	57
1.	Erforderliche Auseinandersetzung mit dem Umstand einer erneuten Tatbegehung	57
2.	Vermeidung unverhältnismäßiger Strafzumessungsentscheidungen durch die Anknüpfung an inhaltliche Kriterien	58
a)	Allgemeine Strafzumessung (§ 46 StGB)	58
b)	Opportunitätsentscheidungen (§§ 153, 153a StPO)	59
c)	Rückfallschärfung (§ 48 StGB a.F.)	59
d)	Entwicklung der Strafaussetzung (§ 56 StGB)	60
3.	Fortbestehende Resozialisierungsaussicht statt erhöhter Vorwerfbarkeit als zentrales Beurteilungskriterium bei der Strafaussetzung	61
II.	Strafzumessung als Vorhersage?	63
1.	Zunehmende Bedeutung zukunftsbezogener Erwägungen durch Betonung der Spezialprävention	63
2.	Erfordernis einer empirischen Prognose künftiger Straftaten?	64
a)	Aufkommen der empirischen Prognosemethoden und ihre angenommene Bedeutung für das Strafrecht	64
b)	Das Beispiel der vorläufigen Entlassung (§ 23 StGB a.F.): Belohnung für gute Führung oder gute Führung als Beweis der Besserung?	66
3.	Ergebnis	69

III. Zusammenfassung	70
3. Teil: Erforderlicher Inhalt der Erwartung künftiger Straffreiheit	73
A. <i>Umfang der zu erwartenden Straffreiheit („keine Straftaten mehr“)</i>	74
I. Bisheriger Meinungsstand	74
1. Unbeachtlichkeit zu erwartender Straftaten bei Fehlen eines inhaltlichen Zusammenhangs	75
a) Befürwortende Stellungnahmen in der Literatur	75
b) Ablehnende Stellungnahmen in der Rechtsprechung	76
c) Ablehnende Stellungnahmen in der Literatur	77
2. Unbeachtlichkeit zu erwartender Bagatelldelicten	79
a) Befürwortende Stellungnahmen in der Literatur	79
b) Ablehnende Stellungnahme des OLG Celle	80
3. Erforderliche Erwartung vollständiger Straffreiheit	82
II. Eigene Stellungnahme zum bisherigen Meinungsstand	83
1. Erforderlichkeit einer einschränkenden Auslegung der Erwartung	83
a) Wortlaut	83
b) Systematik	85
c) Sinn und Zweck	85
d) Entstehungsgeschichte	87
e) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	87
2. Defizite der bisherigen Ansätze zu einer einschränkenden Auslegung	88
a) Unzureichende Begründungen	88
b) Beliebigkeit der Kriterien	90
c) Zweifelhafte Ergebnisse	91
d) Eine Frage der Vorhersagbarkeit?	91
3. Keine pauschale Unbeachtlichkeit zu erwartender Bagatelldelicten	93
a) Unstimmigkeit der Argumentation	93
b) Fehlende Bezugspunkte für die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit	94
c) Gefahr einer unangemessenen Privilegierung bei der Beurteilung von Straftaten als Bagatelldelict	95
4. Ergebnis	97
III. Eigene Auffassung zur Methodik der Erwartungsbildung	98
1. Wie lässt sich die Erwartung künftiger Straffreiheit begründen?	98

a) Die Frage der Begründungsrichtung	98
b) Das Begehen von Straftaten als abweichendes Verhalten	99
c) Die Erwartungsbildung als zweistufige Prüfung mit wechselnder Begründungsrichtung	101
d) Begrenzter Umfang der Erwartung künftiger Straffreiheit	101
2. Erforderliche Auseinandersetzung mit den Gründen für das Begehen der abgeurteilten Tat	103
a) Abgeurteilte Tat als Ausgangspunkt der Erwartungsbildung	103
b) Risikofaktoren ohne strafrechtliche Relevanz	105
c) Umstände, die mit den Gründen für die abgeurteilte Tat in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen	107
d) Umsetzung im Begründungsmodell für die Erwartungsbildung	108
3. Bedeutung anderer Verurteilungen	109
a) Erforderlicher Zusammenhang mit den Gründen für die Tat der Aussetzungsentscheidung	109
b) Bestehen eines inhaltlichen Zusammenhangs bei bereichsübergreifender Bereitschaft zur Begehung von Straftaten	111
c) Berücksichtigung der Rechtsfolgen von anderen Verurteilungen	112
4. Abgrenzung von Risikobereichen im Rahmen derselben Verurteilung	114
a) Einheitliche Aussetzungsentscheidung	114
b) Gesamtstrafe und nachträgliche Gesamtstrafenbildung	116
5. Ergebnis	116
IV. Eigene Auffassung zum Umgang mit zu erwartenden Bagatellstraftaten	117
1. Der Verurteilung liegt ein Risiko zugrunde, das in vollem Umfang fortbesteht	118
2. Der Verurteilung liegen unterschiedliche Risiken zugrunde, von denen nicht alle fortbestehen	119
a) Verhältnis zur Gesamtverurteilung als Bezugspunkt	119
b) Normativer Maßstab (insbesondere §§ 154, 154a StPO und §§ 46, 47 StGB)	119
3. Der Verurteilung liegt ein Risiko zugrunde, das nur noch Straftaten von geringerem Gewicht erwarten lässt	120
B. Zeitraum der zu erwartenden Straffreiheit („künftig“)	121
I. Erwartung der Straffreiheit über die Bewährungszeit hinaus? ...	121

1. Einigkeit in Rechtsprechung und Literatur	121
2. Eigene Stellungnahme	123
a) Wortlaut	123
b) Sinn und Zweck der Strafaussetzung	123
aa) Anerkennung des Resozialisierungsanliegens?	123
bb) Inhaltliche statt zeitlicher Berücksichtigung des Resozialisierungsanliegens	124
cc) Zwischenergebnis	125
c) Methodik der Erwartungsbildung	125
aa) Zweifel an der Erfassbarkeit der umschriebenen Zeiträume	125
bb) Weitgehende Unabhängigkeit der Erwartungsbildung von bestimmten Zeiträumen	126
cc) Einfluss des Bewährungskonzepts auf den Zeitbezug der Erwartung	127
dd) Bedeutung für die Widerrufsentscheidung	127
d) Entstehungsgeschichte	128
e) Ergebnis	128
3. Erprobung der verurteilten Person als wesentlicher Bestandteil der Strafaussetzung	129
a) Erprobung als Gegenstück zur eingeschränkten Vorhersagbarkeit	129
b) Erforderlichkeit einer ausreichenden Erprobungsmöglichkeit	129
4. Ergebnis	130
II. Umgang mit einer vorübergehenden Rückfallgefahr	131
1. Bisherige Ansätze für die Begründung einer günstigen Erwartung	131
a) Mögliche Beseitigung der Rückfallgefahr bei bestehender Therapiebereitschaft	131
b) Günstige Langzeitprognose trotz vorübergehender Rückfallgefahr	132
c) Befähigung zur straffreien Lebensführung als Bewährungsziel	134
2. Ablehnende Stellungnahmen	135
a) Literatur	135
b) Rechtsprechung	135
3. Eigene Stellungnahme	136
a) Wortlaut von § 56 Abs. 1 Satz 1 StGB	136
aa) Vereinbarkeit der Inkaufnahme von vorübergehenden Rückfallgefahren mit dem Merkmal „künftig“	136
bb) Verknüpfung mit dem Resozialisierungsziel des Strafvollzugs	137

cc) Beschränkter Erwartungsumfang nach § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB	138
b) Sinn und Zweck der Strafaussetzung	139
aa) Risikoverteilung zwischen Täter und Allgemeinheit?	139
bb) Anerkennung der Therapie als mögliches Bewährungskonzept	140
c) Systematik	140
aa) Verhältnis zu § 183 Abs. 3 StGB	140
bb) Verhältnis zu §§ 35, 36 BtMG	141
cc) Ergebnis	143
d) Methodik der Erwartungsbildung	143
aa) Keine eigenständige Prüfung vorübergehender Rückfallgefahren	143
bb) Mögliche Anknüpfungspunkte für die Berücksichtigung von vorübergehenden Rückfallgefahren	144
4. Ergebnis	146
C. <i>Berücksichtigung der zu erwartenden Sanktionswirkungen („sich schon die Verurteilung zur Warnung dienen lassen und [...] auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs“)</i>	147
I. Forderungen nach einem Vergleich mit den Wirkungen des Strafvollzugs	147
1. Effektivität der Resozialisierung als Vergleichsmaßstab (Ostendorf)	148
2. Spezialpräventives Entscheidungsprogramm (Horn)	149
3. Erforderlichkeit der Strafvollstreckung für die Resozialisierung (Frisch)	150
4. Vereinzelte Stellungnahmen in der Rechtsprechung	152
II. Ablehnende Stimmen in der Literatur	153
III. Eigene Stellungnahme	154
1. Wortlaut	154
2. Sinn und Zweck	155
3. Grundlegende Probleme eines Vergleichs mit den Wirkungen des Strafvollzugs	156
a) Begrenzte Erkenntnismöglichkeiten	156
b) Zweifelhafte Ergebnisse	157
c) Kein einheitlicher Vergleichsmaßstab bei Einbeziehung weiterer Zwecke	157
4. Entbehrlichkeit einer zusätzlichen Rechtfertigung der Strafvollstreckung	158
IV. Ergebnis	159

<i>D. Ergebnis zum erforderlichen Inhalt der Erwartung künftiger Straffreiheit</i>	160
4. Teil: Erforderliche Sicherheit der Erwartung künftiger Straffreiheit	161
<i>A. Anforderungen des sachlichen Rechts an die Sicherheit der Erwartung</i>	162
I. Negative Abgrenzungen	162
1. Gewissheit oder sichere Gewähr nicht erforderlich	162
2. Bloße Hoffnung nicht ausreichend	163
3. Eigene Stellungnahme	164
a) Günstige Erwartung trotz teilweise fortbestehender Tatarsachen	164
aa) Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur „Gewissheit“ oder „sicheren Gewähr“	164
bb) Wesentliche Gründe für die Tatbegehung als Zusammentreffen von persönlichen und situativen Umständen	165
b) Steigende Anforderungen an die Begründung einer günstigen Erwartung mit zunehmender Häufigkeit der Tatbegehung	167
aa) Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts zur „bloßen Hoffnung“	167
bb) Bezug zur Methodik der Erwartungsbildung	168
c) Vertretbare Annahme der Resozialisierungsaussicht durch die Vorinstanz	171
II. Ansätze zu einer positiven Umschreibung	172
1. Gewichtige Gründe für eine Aussicht auf Erfolg	172
2. Bezugnahme auf den Begriff der Wahrscheinlichkeit	172
a) Überwiegende Wahrscheinlichkeit künftiger Straffreiheit	172
b) Forderung nach Differenzierungen	173
c) Ablehnung des Wahrscheinlichkeitsbegriffs	174
3. Eigene Stellungnahme	174
a) Mögliche Grundlagen für eine Wahrscheinlichkeitsaussage	174
b) Begründungsanforderungen statt Wahrscheinlichkeitsgrad	176
III. Zusammenfassung	177
<i>B. Die Erwartung als Gegenstand der Beweisaufnahme</i>	178
I. Gerichtliche Aufklärungspflicht und Bedeutung von Erfahrungssätzen	178

II. Erfahrungssätze bei der Subsumtion unter unbestimmte Rechtsbegriffe	180
1. Feststellung von Erfahrungssätzen als Ziel der Aufklärung	180
2. Die Erwartung künftiger Straffreiheit als unbestimmter Rechtsbegriff	181
III. Beurteilungsspielraum bei der Auswahl und Gewichtung von Erfahrungssätzen	182
1. Bedeutung des Beurteilungsspielraums	182
2. Die Erwartung als mögliches Beweisthema	183
a) Bisheriger Meinungsstand	183
b) Eigene Stellungnahme	184
IV. Zusammenfassung	184
C. <i>Umgang mit Zweifeln</i>	185
I. Bloßes Offenlassen der Erwartung	185
1. Beispiel aus der Rechtsprechung	185
2. Eigene Stellungnahme	186
II. Zweifel trotz vollständiger Aufklärung des Sachverhalts	187
1. Beispiel aus der Rechtsprechung	187
2. Eigene Stellungnahme	187
a) Mögliche Arten des Zweifels bei der Anwendung einer Rechtsnorm	187
b) Zweifel bei der Nutzung eines Beurteilungsspielraums ...	188
c) Zuordnung des Zweifels	190
d) Fallstricke bei der sprachlichen Umkehrung einer günstigen Erwartung	191
3. Ergebnis	192
III. Umgang mit unaufklärbaren Tatsachen	192
1. Beispiele aus der Rechtsprechung	192
2. Eigene Stellungnahme	195
a) Keine Erwartungsbildung auf der Grundlage vermuteter Umstände oder Erfahrungssätze	195
b) Eigenständige Aufklärung weiterer Straftaten durch das Gericht der Aussetzungsentscheidung?	197
aa) Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zur Widerrufsentscheidung	197
bb) Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zur Aussetzungsentscheidung	200
cc) Berücksichtigung einer rechtskräftigen Verurteilung	201
c) Möglichkeit der Erwartungsbildung trotz einzelner unaufklärbarer Tatsachen	202
aa) Vielfalt der bedeutsamen Umstände	202

bb) Differenzierbarkeit der bedeutsamen Umstände	202
cc) Zugänglichkeit der bisherigen strafrechtlichen Entwicklung	204
3. Ergebnis	205
IV. Verbleibender Anwendungsbereich für eine Zweifelsregelung . . .	205
1. Stellungnahmen in der Literatur	206
2. Eigene Stellungnahme	207
a) Fehlende Differenzierung zwischen Ergebnis und Grundlage der Erwartungsbildung	207
b) Gewährung der Strafaussetzung bei unzureichender Tatsachengrundlage	208
3. Ergebnis	210
V. Zusammenfassung	210
<i>D. Strafaussetzung bei empirisch unsicherer Prognose?</i> <i>(Prognosemodell von Frisch)</i>	211
I. Anforderungen an „rechtsstaatliches Prognostizieren“	212
1. Auffassung von Frisch	212
2. Eigene Stellungnahme	214
a) Unklarer Anwendungsbereich	214
b) Geringer Ertrag	215
c) Ergebnis	216
II. Das prognostische Mittelfeld als „dritter Fall der Wirklichkeit“ . . .	217
1. Auffassung von Frisch	217
2. Eigene Stellungnahme	219
a) Keine Regelungslücke	219
b) Kein dritter Fall der Wirklichkeit	221
c) Keine Zuordnungsschwierigkeit bei unsicherem Beurteilungsergebnis	222
d) Keine Notwendigkeit für eine „Gleichstellung“ des empirischen Mittelfelds	224
III. Grundsätzliche Zuordnung des prognostischen Mittelfelds zu einer positiven Aussetzungsentscheidung	225
1. Auffassung von Frisch	225
2. Eigene Stellungnahme	227
a) Generalpräventive Wirkung der Strafaussetzung	227
b) Begründungsbedürftigkeit der Strafaussetzung	227
IV. Konkrete Anforderungen an das Vorliegen einer ungünstigen Erwartung	230
1. Auffassung von Frisch	230
a) Vorhandensein einer bestimmten Persönlichkeitsstruktur (Rückfallprognose)	230

b) Erforderlichkeit und Eignung der Freiheitsstrafe (Wirkprognose)	231
c) Anwendung auf die Strafaussetzung	232
2. Eigene Stellungnahme	232
a) Keine Strafaussetzung wegen fehlender Geeignetheit des Strafvollzugs	232
b) Umgang mit einer fehlenden Erklärung für die Tatbegehung	233
aa) Persönlichkeitsbezogenes Modell (Frisch)	233
bb) Sanktionsbezogenes Modell (eigene Auffassung)	234
cc) Bewertung der Modelle	235
3. Ergebnis	237
V. Zusammenfassung	237
E. Zusammenfassung	238
 5. Teil: Bedeutung der empirischen Prognoseforschung für die Erwartungsbildung	241
A. Defizite bei der juristischen Rezeption der empirischen Prognoseforschung	242
I. Fehlende Verlässlichkeit der Rezeption	242
1. Beispiel für eine Überschätzung der Vorhersagequalität	242
2. Beispiel für fehlende Aktualität	245
3. Zusammenfassung	247
II. Fehlende normative Einordnung der empirischen Erkenntnisse	247
1. Beschränkung auf abstrakte Darstellungen des empirischen Forschungsstands	247
2. Verdrängung der normativen Voraussetzungen der Strafaussetzung	250
a) Gemeinsame Fragestellung der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen?	250
b) Möglichkeit zuverlässiger prognostischer Aussagen auch bei der Entscheidung über die Strafaussetzung?	251
c) Erforderlichkeit einer „individuellen Gefährlichkeitsprognose“ für die Erwartungsbildung? ...	252
d) Negative Spezialprävention als Zweck der Strafaussetzung?	252
3. Unklarheit über die Legitimationsgrundlage für die Verwendung empirischer Prognoseansätze	254
a) Vorgeschlagene Verwendung der idealtypisch- vergleichenden Methode	254
b) Vorgeschlagene Verwendung der Kriterien von Dittmann	258

c) Ergebnis	259
4. Zusammenfassung	259
III. Ungeeignete Aufbereitung der Prognoseansätze	260
1. Die klassische Unterscheidung von statistischer, klinischer und intuitiver Prognose	260
a) Aus Sicht der forensischen Psychiatrie (Müller/Nedopil)	261
b) Aus Sicht des Sanktionenrechts (Streng)	262
c) Ergebnis	263
2. Konsequenzen ohne praktischen Wert	264
a) Statistische Prognose als „wertvolles Hilfsmittel“	264
b) Klinische Methode „zu aufwändig“	267
c) Kombination der Ansätze	267
d) Aussicht auf Weiterentwicklung der Methoden	268
3. Unzureichende Legitimierung der „intuitiven Prognose“	269
IV. Zusammenfassung	270
B. <i>Systematische Aufbereitung empirischer Prognosekonzepte</i>	271
I. Grundformen der empirischen Prognose	271
1. Gruppenstatistische Aussagen zur Kriminalität (nomothetischer Ansatz)	272
a) Beobachtung der Rückfallhäufigkeit von Personengruppen mit bestimmten Merkmalen	272
b) Vertrauensbildung durch Ausschluss anderer Einflussfaktoren	273
2. Individuelle Erklärung der Kriminalität (idiographischer Ansatz)	274
a) Beurteilung des Einzelfalls anhand des Wissensstands der Fachdisziplin	274
b) Vertrauen in die Kompetenz der Fachdisziplin zur Erfüllung der Aufgabe	275
II. Prognoseinstrumente in der Praxis	276
1. Abgeschlossene Merkmalskataloge mit Auswertungsregeln (Prognosetabellen)	277
a) Statistische Verarbeitung von konkreten Rückfalluntersuchungen	277
b) Abstrakte Umsetzung des empirischen Forschungsstands	279
c) Erforderlichkeit einer ergänzenden Beurteilung des Einzelfalls	279
d) Zusammenfassung	280
2. Hilfsmittel im Rahmen von offenen Prognoseansätzen	280
a) Strukturierende Hilfsmittel ohne Auswertungsregeln	280

b) Offene Ansätze im Rahmen der Vorgaben der Fachdisziplin	281
III. Zuverlässigkeit der Vorhersage als maßgebliches Kriterium für die Verwendung eines Prognoseansatzes?	282
1. Beurteilung der Validität eines Prognoseinstruments	282
2. Validität von Prognoseinstrumenten in der Praxis	284
3. Konsequenzen für die Beurteilung der Legitimität	285
C. <i>Mögliche Bedeutung der dargestellten Prognosekonzepte für die Erwartungsbildung</i>	286
I. Normative Legitimationsbedürftigkeit des Prognosekonzepts ...	286
1. Autonomie der empirischen Fachdisziplinen bei der Prognosestellung?	286
2. Entscheidung über die Strafaussetzung als originäre Aufgabe der Justiz	287
3. Ergebnis	288
II. Allgemeine normative Anforderungen an die Verwendung eines empirischen Prognoseansatzes	288
1. Anforderungen der Rechtsprechung an die Verwendung von Prognoseinstrumenten im Bereich der Maßregeln	288
2. Gesichtspunkte der Tauglichkeit eines Prognoseansatzes ...	290
a) Empirische Aussagekraft des Prognoseinstruments	290
b) Normative Relevanz der Prognoseaussage	291
c) Methodische Zulässigkeit des Prognosekonzepts	292
3. Nachvollziehbarkeit der Anwendung	292
4. Das Kriterium der Tauglichkeit als allgemeine Anforderung an die Verwendung empirischer Prognoseansätze bei rechtlichen Entscheidungen	293
III. Tauglichkeit einer gruppenstatistischen Aussage für die Erwartungsbildung (nomothetischer Ansatz)?	294
1. Keine vorhandenen Prognoseinstrumente für den Bereich der Strafaussetzung	294
2. Mögliche Entwicklung von Instrumenten	295
a) Gewährleistung der empirischen Aussagekraft	296
b) Normative Relevanz der Prognoseaussage (Erwartungsinhalt)	299
c) Methodische Zulässigkeit des Prognoseansatzes (Erwartungsbildung)	303
aa) Erforderlichkeit eines offenen Ansatzes	303
bb) Erforderliche Auseinandersetzung mit den Gründen der Tatbegehung	304
cc) Methodische Zulässigkeit durch ergänzende Beurteilung des Einzelfalls?	305

3. Ergebnis	306
IV. Tauglichkeit einer klinischen Beurteilung für die Erwartungsbildung (idiographischer Ansatz)?	307
1. Strukturmodell klinisch-idiographischer Urteilsbildung (Dahle)	307
a) Anwendungsbereich	307
b) Inhalt des Prognosemodells	308
c) Strukturelle Übereinstimmung mit der Methodik der Erwartungsbildung nach § 56 Abs. 1 StGB	310
aa) Aufklärung der individuellen Gründe für die Tatbegehung	310
bb) Bestehen einer hinreichenden Resozialisierungsaussicht als Beurteilungsmaßstab	311
cc) Weitere normative Gesichtspunkte im Rahmen der Erwartungsbildung	312
2. Die normative Prägung der Erwartungsbildung als Voraussetzung für eine tragfähige Entscheidung über die Strafaussetzung im Einzelfall	312
a) Normative Prägung der Erwartungsbildung	312
b) Eigene Sachkunde des Gerichts und ihre Grenzen	315
3. Gründe für die normative Prägung der Erwartungsbildung	316
V. Zusammenfassung	318
 6. Teil: Die Erwartung künftiger Straffreiheit als Grundlage für eine einschränkende Auslegung des Widerrufs wegen einer Straftat	321
A. Systematik und Funktion des Widerrufs	323
I. Systematische Einordnung der Widerrufsvorschrift	323
II. Funktion des Widerrufs im Rahmen der Strafaussetzung	324
1. Grundsätzliche Möglichkeit einer Bewährung ohne Widerruf	324
2. Der Widerruf als Druckmittel („Damoklesschwert“)?	324
a) Androhung des Widerrufs zur Erfüllung der Bewährungsanforderungen	324
b) Gefahr einer Eskalation der Strafandrohung und Folgen für die Ziele der Strafaussetzung	325
3. Der Widerruf als Reaktion auf das endgültige Scheitern der Bewährung	326
a) Widerruf nur bei endgültigem Scheitern der Bewährung	326
b) Erforderlichkeit eines vorwerfbaren Fehlverhaltens in der Bewährungszeit	326

III. Zusammenfassung	327
<i>B. Nichterfüllung der Aussetzungserwartung nach § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB</i>	327
I. Beurteilung anhand des Zusammenhangs mit der früheren Straftat	328
1. Erforderlichkeit eines kriminologischen Zusammenhangs zwischen den Taten	329
2. Fehlender Zusammenhang zwischen den Taten lediglich als Beurteilungskriterium	333
3. Ablehnende Stellungnahmen in der Literatur	335
II. Beurteilung nach dem Gewicht der neuen Straftat	336
1. Nichterfüllung der Erwartung bei einer neuen Straftat von einigem Gewicht	337
2. Mögliche Ausnahmen von der Erwartungswidrigkeit bei Taten von geringem Gewicht	341
a) Ausnahmen nur bei Taten von geringem Gewicht	341
b) Taten von geringem Gewicht als möglicher Grund für eine Ausnahme	341
3. Mögliche Ausnahmen von der Erwartungswidrigkeit auch bei schwereren Taten	343
4. Stellungnahmen in der Literatur	344
III. Beurteilung anhand der Warnfunktion der vorausgehenden Verurteilung	344
IV. Eigene Auffassung: Konsequente Anknüpfung an die Aussetzungserwartung	348
1. Konvergenzen und Divergenzen der Auseinandersetzung	348
2. Konsequente Anknüpfung an die Aussetzungserwartung	349
a) Keine vorrangige Anknüpfung an die Warnfunktion der Verurteilung	349
b) Begrenzter Umfang der Aussetzungserwartung	350
c) Konsequenzen	351
aa) Keine Nichterfüllung der Erwartung bei fehlendem Zusammenhang mit den Gründen für das Begehen der früheren Tat	351
bb) Keine Nichterfüllung der Erwartung bei fortbestehender Resozialisierungsaussicht	353
cc) Keine Nichterfüllung der Erwartung bei unbeträchtlichem Gewicht der neuen Tat	354
3. Keine durchgreifenden Argumente der Gegenansicht	356
V. Ergebnis	359
<i>C. Ausreichende Maßnahmen nach § 56f Abs. 2 StGB</i>	359

I.	Verhältnis zur Nichterfüllung der Erwartung in § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB	360
1.	Zukunftsbezogene Erwartungsbildung erst im Rahmen von § 56f Abs. 2 StGB	360
2.	Berücksichtigung von Umständen nach der neuen Tat bereits im Rahmen von § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB	362
3.	Eigene Stellungnahme	363
a)	Überprüfung der Aussetzungserwartung	364
b)	Berücksichtigung von Umständen nach der neuen Tat ...	364
c)	Begründungsrichtung der Erwartung	365
d)	Ergebnis	366
II.	Bezugspunkt des Ausreichens	367
1.	Fehlendes Ausreichen trotz bestehender Resozialisierungsaussicht	367
a)	In der Rechtsprechung	367
b)	In der Literatur	369
2.	Beurteilung des Ausreichens allein unter spezialpräventiven Gesichtspunkten	369
3.	Beurteilung des Ausreichens im Vergleich zu den Wirkungen des Strafvollzugs	370
a)	Befürwortende Stellungnahmen	370
b)	Überwiegende Ablehnung	371
4.	Eigene Auffassung	372
a)	Kein Widerruf bei weiterhin bestehender Erwartung künftiger Straffreiheit	372
b)	Absehen vom Widerruf auch bei eingeschränkter Erwartung künftiger Straffreiheit	372
c)	Kein Vergleich mit den Wirkungen des Strafvollzugs ...	375
III.	Begründungsanforderungen	375
1.	Anforderungen an ausreichende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Erwartung im Rahmen von § 56f Abs. 2 StGB	375
2.	Eigene Auffassung: Differenzierte Anforderungen an die Begründung der Erwartung	377
IV.	Ergebnis	378
D.	<i>Berücksichtigung der neuen Verurteilung bei der Entscheidung über den Widerruf</i>	379
I.	Feststellung der neuen Tat durch das Widerrufsgericht	379
II.	Berücksichtigung der neuen Rechtsfolge	380
1.	Entscheidung des neuen Gerichts (§ 46 StGB und § 56 StGB)	380
2.	Berücksichtigung durch das Widerrufsgericht	381

a) Strafaussetzung durch das neue Gericht	381
b) Verurteilung zu Geldstrafe durch das neue Gericht (insbesondere § 47 StGB)	382
III. Eigene Auffassung	382
1. Vorrangstellung des neuen Gerichts	382
2. Entscheidung des neuen Gerichts	383
a) Strafzumessungserwägungen (§ 46 StGB)	383
b) Aussetzungsentscheidung nach § 56 StGB	384
c) Erforderliche Auseinandersetzung mit dem Umstand einer laufenden Bewährung	385
3. Entscheidung des Widerrufsgerichts	385
a) Neue Verurteilung zu einer Geldstrafe	386
b) Neue Verurteilung zu einer ausgesetzten Freiheitsstrafe	387
c) Neue Verurteilung zu einer vollstreckbaren Freiheitsstrafe	387
4. Ergebnis	388
E. <i>Gesonderte Prüfung der Verhältnismäßigkeit bei der Widerrufsentscheidung?</i>	390
I. Befürwortende Stellungnahmen	390
1. Prüfung der Verhältnismäßigkeit auch bei Vorliegen der Widerrufs Voraussetzungen	390
2. Mögliche Unverhältnismäßigkeit bei lange zurückliegenden Taten	391
3. Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit im Rahmen der Erwartungsbildung	393
4. Sonderfälle	394
a) Straferlass bei an sich ausreichender, aber nicht mehr möglicher Verlängerung der Bewährungszeit	394
b) Vermeidung eines „Drehtüreffekts“ nach Entlassung aus der Haft	395
II. Ablehnende Stellungnahmen	395
III. Beschränkung auf einen Teilwiderruf (Lembert)	398
IV. Eigene Auffassung	399
1. Bezugspunkte für die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit	399
a) Widerruf als schuldangemessene Strafschärfung?	399
b) Widerruf als verhältnismäßige Maßnahme der Spezialprävention?	400
c) Legitimation des Widerrufs durch Schuldangemessenheit der ausgesetzten Strafe?	401
d) Widerruf als verhältnismäßige Reaktion auf das endgültige Scheitern der Bewährung	402

e) Ergebnis	403
2. Anknüpfungspunkte für die Vermeidung eines unverhältnismäßigen Widerrufs	404
3. Nachträgliche Reduzierung der ausgesetzten Freiheitsstrafe	405
a) Gründe für ein reduziertes Strafbedürfnis nach Aussetzung der Freiheitsstrafe	405
b) Erforderlichkeit einer entsprechenden Anwendung von § 56f Abs. 3 Satz 2 StGB	407
4. Ergebnis	409
<i>F. Zusammenfassung</i>	<i>409</i>
7. Teil: Gesamtergebnis	413
<i>A. Begründungsebenen der Strafaussetzung und ihre Bedeutung für die Auslegung der Erwartung künftiger Straffreiheit</i>	<i>413</i>
<i>B. Entscheidung über die Strafaussetzung nach § 56 StGB</i>	<i>416</i>
<i>C. Entscheidung über den Widerruf nach § 56f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StGB</i>	<i>419</i>
Literatur	421
Register	433